

Aufstand der Holländer

Die Niederlande blockieren das milliarden schwere EU-Kreditpaket für jene Staaten und Firmen, die von der Coronakrise besonders getroffen wurden. Doch die EU-Finanzminister geben noch nicht auf.



Videoschleife der Euro-Gruppe: Der niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra ist mit der ESM-Kreditlinie in der geplanten Form nicht einverstanden.

Bis zu
540
MILLIARDEN

Euro Kreditlinien sollen ESM, EIB und EU-Kommission bereitstellen oder absichern.

Quelle: Euro-Gruppe

Ruth Berschens, Martin Greive Brüssel, Berlin

Der Vorsitzende der Euro-Gruppe Mario Centeno hat eine harte Nacht hinter sich: 16 Stunden lang rang der portugiesische Finanzminister mit seinen Amtskollegen um das geplante europäische Corona-Hilfspaket für die Wirtschaft. Eine Videoschleife reihte sich an die andere - mal mit allen 27 Ministern, mal bilateral.

Am Mittwochmorgen um acht Uhr verordnete Centeno allen Beteiligten eine Pause. „Wir sind einem Deal sehr nahe gekommen, aber wir sind noch nicht da“, twitterte er. Deshalb vertage man sich nun und mache am Donnerstag einen neuen Anlauf. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hofft, dass es noch vor Ostern eine Einigung gibt. „Ich glaube, das kann man schaffen“, sagte der sichtlich müde Minister am Mittwoch früh.

Zur Debatte steht ein bis zu 540 Milliarden Euro schweres Kreditpaket für Staaten und Unternehmen, die durch die Coronakrise in finanzielle Bedrängnis geraten. Es besteht aus drei Teilen: Der Euro-Rettungsfonds ESM stellt eine Kreditlinie von bis zu 240 Milliarden Euro für Euro-Staaten bereit. Die Europäische Investitionsbank (EIB) sichert Unternehmensdarlehen bis zu einer Gesamtsumme von 200 Milliarden ab.

Und die EU-Kommission hilft Mitgliedstaaten mit Krediten von bis zu 100 Milliarden Euro dabei, das Kurzarbeitergeld zu finanzieren. „Die Covid-19-Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung mit sehr ernstesten sozioökonomischen Konsequenzen dar“, heißt es in dem Entwurf einer Euro-Gruppen-Erklärung. „Wir sind verpflichtet, alles zu tun, um diese Herausforderung im Geiste der Solidarität anzunehmen.“ Der Erklärungsentwurf liegt dem Handelsblatt vor. Die drei Elemente des milliarden schweren EU-Hilfspakets sind darin aufgelistet.

Am Ende der langen Verhandlungsnacht seien 26 von 27 EU-Finanzministern bereit gewesen, die Erklärung zu unterschreiben, berichteten EU-Diplomaten. Doch der Niederländer Wopke Hoekstra

habe bis zum Schluss auf der Bremse gestanden.

Die Niederlande sind mit der ESM-Kreditlinie in der geplanten Form nicht einverstanden. Die sogenannte Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) ist bestimmt für Mitgliedstaaten, die mit der Krise finanziell überfordert sind. Diese Länder können ein Darlehen von „anfangs um die zwei Prozent“ ihres Bruttoinlandsprodukts vom ESM bekommen, heißt es in der Euro-Gruppen-Erklärung.

Schon „binnen zwei Wochen“ solle die Kreditlinie zur Verfügung stehen. Falls nötig, könne das Gesamtvolumen später erhöht werden. Das Geld müsse „strikt für durch die Covid-19-Krise entstehende Ausgaben“ verwendet werden, heißt es. Andere Kreditkonditionen werden nicht explizit genannt.

Genau damit haben die Niederländer ein Problem. Bisher zwang die Euro-Zone Empfänger von ESM-Krediten stets zu Strukturreformen etwa auf dem Arbeitsmarkt. In der Coronakrise will die Euro-Zone darauf verzichten. Damit ist die Regierung in Den Haag nicht einverstanden.

Der ESM dürfe nicht gänzlich auf makroökonomische Bedingungen verzichten, argumentierte Hoekstra nach Angaben von Teilnehmern. Im Rest der Runde stieß er damit auf Unverständnis. Wegen der Krise gebe es zurzeit keine verlässlichen makroökonomischen Basisdaten, auf denen man ein Wirtschaftsreformprogramm aufbauen könne, sagten Diplomaten. Keiner könne derzeit sagen, wie stark das Wachstum einbrechen und die Arbeitslosigkeit steigen werde. Hoekstra habe selbst nicht näher spezifiziert, was er sich unter

„makroökonomischer Konditionierung“ vorstelle.

Insofern bleibe rätselhaft, mit welchen wirtschaftspolitischen Auflagen man das Kreditprogramm beim ESM verknüpfen könne, zumal es sich um ein kurzlaufendes Programm handele. Die ECCL-Kreditlinie beim ESM soll auf ein Jahr befristet werden und danach zweimal um jeweils sechs Monate verlängerbar sein.

Minister Hoekstra begründete seinen anhaltenden Widerstand vor allem mit der Lage im niederländischen Parlament. Die erforderliche Mehrheit werde es dort nicht geben für ESM-Kredite ohne makroökonomische Konditionierung.

In EU-Kreisen wird erwartet, dass sich die Regierungschefs nun in den Konflikt einschalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron seien in der Sache bereits am Mittwochmorgen in Kontakt gewesen, hieß es in EU-Kreisen. Dabei dürfte es um die Frage gegangen sein, wie man den niederländischen Premierminister Mark Rutte zum Einlenken bewegen kann. Das niederländische Parlament wollte sich am Mittwochabend noch einmal mit dem EU-Kreditpaket befassen.

Im Gegensatz zu dem Holländer hätten andere Minister ihre Vorbehalte gegen das EU-Hilfspaket zurückgestellt, um einen Beschluss zu ermöglichen, hieß es in EU-Kreisen. Das gilt insbesondere für das Thema Euro-Bonds. Neun Minister hätten sich in der Runde dafür, zehn dagegen ausgesprochen, sagten EU-Diplomaten.

Im jetzt zur Debatte stehenden Hilfspaket für die Wirtschaft sind keine Euro-Bonds enthalten. Vor allem Deutschland, die Niederlande, Österreich und Finnland wehrten sich vehement dagegen. Frankreich, Italien, Spanien und andere Befürworter hätten am Ende eingesehen, dass Euro-Bonds kurzfristig nicht durchsetzbar seien. Endgültig aufgegeben haben sie das Vorhaben aber nicht, sondern nehmen nun die Zeit nach der Krise in den Blick. Ein Wieder-

aufbaufonds für die europäische Wirtschaft solle mit europäischen Staatsanleihen finanziert werden.

Von einem Wiederaufbaufonds ist auch in der Erklärung der Euro-Gruppe die Rede. Er solle „befristet, zielgerichtet und angemessen“ sein, um die „außerordentlichen Kosten der aktuellen Krise“ zu bewältigen, heißt es darin. Eine Finanzierung mit Euro-Bonds wird allerdings nicht erwähnt. Stattdessen wird nur allgemein von „innovativen Finanzinstrumenten, die mit den EU-Verträgen vereinbar sind“, gesprochen.

Nach deutscher Lesart fallen Euro-Bonds nicht in diese Kategorie. Artikel 125 des Vertrags von Lisabon verbietet, dass EU-Staaten für die Schulden der europäischen Partner haften. Darauf beruft sich die Bundesregierung. Sie will den Wiederaufbau nach der Krise aus dem EU-Haushalt finanzieren. „Der nächste mehrjährige Finanzrahmen wird beim Wiederaufbau eine zentrale Rolle spielen“, heißt es auch in der Euro-Gruppen-Erklärung. In Berlin gilt es inzwischen als sicher, dass Deutschland mehr Geld in den EU-Haushalt einzahlen wird als bisher geplant.

Intern prüft die Bundesregierung zudem neue Finanzierungsformen für das europäische Wiederaufbauprogramm. Es geht um Anleihen, bei denen die Länder jeweils mit einem gewissen Anteil haften, so wie es heute auch schon bei den ESM-Anleihen der Fall ist. Anleihen mit einer solchen teilschuldnerischen Haftung werden in Regierungskreisen nicht kategorisch ausgeschlossen. Sie sind aus Sicht der Bundesregierung leichter mit deutschem Recht kompatibel als echte Euro-Bonds.

Befürworter und Gegner von Euro-Bonds raufen sich in der Nacht zum Mittwoch zusammen, um den Weg für die erste europäische Corona-Nothilfe frei zu machen. Und zahlreiche Bedenken gegen das Kreditpaket wurden zurückgestellt. Der deutsche Finanzminister akzeptierte eine extreme Lockerung der ESM-Kreditkonditionen, obwohl sie auch in Deutschland durchaus umstritten ist. FDP-Finanzpolitiker Christian Dürr kritisierte, dass Deutschland nicht dem Beispiel der Niederlande gefolgt sei und auf strengere wirtschaftspolitische Auflagen gepocht habe.

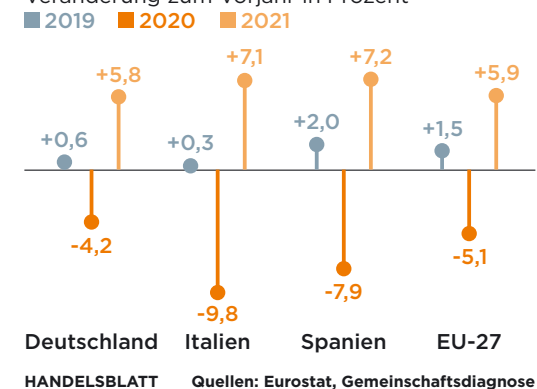
Scholz war zudem bereit, bei der Aufstockung des Garantierahmens der Europäischen Investitionsbank (EIB) bis an das obere Ende von 200 Milliarden Euro zu gehen. Die EIB soll wie die deutsche Staatsbank KfW über Garantien Kredite europäischer Unternehmen absichern. Vor dem Treffen hatte Scholz noch auf einen niedrigeren Beitrag gedrungen. In der Sitzung gab Deutschland diesen Widerstand auf. Entgegen kam Deutschland den anderen Ländern auch bei der Frage, für welchen Anteil es an den EIB-Garantien einstehe und wie viel Geld man im Schadensfall herausbekomme.

Auch der italienische Finanzminister Roberto Gualtieri machte Abstriche. Er akzeptierte, dass Empfänger von ESM-Krediten nach der Krise wieder ihren Haushalt sanieren und die Fiskalvorschriften des Stabilitätspakts beachten müssen. Gegen diese Bedingung hatte er am Dienstagabend noch protestiert.

Deutlicher Abschwung

Reales Bruttoinlandsprodukt im Vergleich

Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Quelle: Eurostat, Gemeinschaftsdiagnose

Außenwirtschaftsgesetz

Schärfere Kontrollen

Die Bundesregierung will die Übernahme deutscher Firmen erschweren. Aus der Wirtschaft kommt Kritik. Ausländische Investoren würden unter Generalverdacht gestellt.

H. Anger, T. Sigmund, F. Specht Berlin



Bruno Le Maire: Der französische Finanzminister hat das Vorhaben von Euro-Staatsanleihen noch nicht endgültig aufgegeben.



Olaf Scholz: Der Bundesfinanzminister hofft auf eine Einigung vor Ostern.



Roberto Gualtieri: Der italienische Finanzminister hat eingesehen, dass Euro-Bonds kurzfristig nicht durchsetzbar sind.

Die Bundesregierung verschärft die Kontrolle ausländischer Investitionen, um so in strategisch wichtigen Bereichen die Übernahme deutscher Firmen zu erschweren. Das Bundeskabinett brachte dazu am Mittwoch eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes auf den Weg. Investitionen aus Nicht-EU-Staaten sollen umfassender und vorausschauender geprüft werden können. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sagte, das „sehr liberale“ Außenwirtschaftsrecht werde mit Blick auf deutsche Sicherheitsinteressen nachgeschärft.

Nach dem Außenwirtschaftsgesetz kann die Bundesregierung bislang die Übernahme von mehr als einem Viertel der Anteile eines Unternehmens durch ausländische Investoren untersagen, wenn die öffentliche Ordnung oder sicherheitspolitische Interessen Deutschlands tatsächlich bedroht sind. Das wird nun weiter gefasst. Künftig soll es darauf ankommen, ob ein Firmenerwerb eines Investors von außerhalb der Europäischen Union zu einer „voraussichtlichen Beeinträchtigung“ der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit führt.

Zudem soll bei Firmenübernahmen aus dem Ausland der frühzeitige Abfluss von Fachwissen unterbunden werden können. Erwerbe bei kritischer Infrastruktur und weiterer ziviler Sicherheitsbereiche können künftig „schwebend unwirksam“ sein, bis das Geschäft als unbedenklich abgesegnet ist.

Angst vor einem neuen Fall Kuka

Die Änderungen waren noch vor dem Ausbruch der Coronakrise geplant worden. Hintergrund ist etwa, dass die Bundesregierung den Einstieg eines chinesischen Konzerns beim Stromnetzbetreiber 50Hertz nur mit Mühe verhindern konnte.

Altmaier hatte betont, er wolle einen „Ausverkauf“ deutscher Wirtschafts- und Industrieinteressen verhindern. Bundestag und Bundesrat hatten einen Stabilisierungsfonds beschlossen, über den der Staat sich notfalls auch an strategisch wichtigen Unternehmen beteiligen kann. Der Wirtschaftsminister hatte sich in seiner Industriestrategie, die er vor mehr als einem Jahr vorgelegt hatte, für eine stärkere Industriepolitik des Staates ausgesprochen. Er will einen neuen „Fall Kuka“ verhindern: Der Roboterhersteller war 2016 von einem chinesischen Konzern übernommen worden. Versuche, die Übernahme abzuwehren, waren gescheitert -

auch, weil das damalige Außenwirtschaftsrecht dies nicht zugelassen hatte.

Kritik an den Plänen der Bundesregierung kam aus der Wirtschaft und der Opposition. Vor allem die Unternehmen fürchten, umgekehrt bei eigenen Übernahmen im Ausland mit schärferen Kontrollen belegt zu werden. Der Maschinenbauverband VDMA warnte davor, ausländische Investoren unter Generalverdacht zu stellen. „Wer in der aktuell schwierigen Lage der Weltwirtschaft die Prüfung für Auslandsinvestitionen verschärft, setzt ein völlig falsches Zeichen“, sagte VDMA-Präsident Carl Martin Welcker. Deutschland sei wie kein anderes Land auf offene Märkte für Exporte und Investitionen angewiesen. „Wie sollen wir das von unseren Handelspartnern verlangen, wenn wir uns selbst stärker abschotten?“

Schutz in der Coronakrise

Der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Volker Treier, sagte, eine zu starke Regulierung bei der Zufuhr ausländischen Kapitals könnte Wachstums- und Beschäftigungschancen inländischer Standorte beschränken. „Die Politik muss sich auch in Krisenzeiten dafür einsetzen, dass staatliche Eingriffe bei ausländischen Kapitalbeteiligungen in deutsche Unternehmen die Ausnahme bleiben.“

In der Coronakrise erleichtert die Bundesregierung allerdings den staatlichen Eingriff zusätzlich. So sieht der auf den Weg gebrachte „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ die Möglichkeit vor, dass der Staat sich vorübergehend an geschwächten Unternehmen beteiligt - auch, um Attacken unerwünschter Investoren abzuwehren. „Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt auch den Schutz des Staates, damit nicht ausländische Finanzinvestoren die Coronakrise als Discount-Einstiegsmöglichkeit nutzen“, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Insolvenzrecht und Sanierung im Deutschen Anwaltverein (DAV), Jörn Weitzmann. Sonst könne sehr viel Substanz für die Zukunft verloren gehen.

Auch der Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall, Jörg Hofmann, macht sich dafür stark, bei Bedarf diese Möglichkeit zu nutzen: „Ich halte einen Schutzwall für geboten, es darf in der jetzigen Situation nicht zu einem Ausverkauf der deutschen Industrie kommen“, sagte Hofmann dem Handelsblatt. Wie in der Bankenkrise sollte der Staat befristet bei relevanten Unternehmen einsteigen und sie vor Übernahmen „zu Dumpingpreisen“ schützen. Damit sichere er Arbeitsplätze und könne vom Wachstum profitieren, wenn die Konjunktur wieder anspringe. Bei einem Staatseinstieg dürften Firmen öffentliche Gelder aber nicht dazu missbrauchen, die Restrukturierung durch Standortschließungen und Massenentlassungen vorzubereiten.



Schaltzentrale: Nur mit Mühe konnte die Regierung den Einstieg eines Konzerns aus China beim Stromnetzbetreiber 50Hertz verhindern.

REUTERS, ddp/misefoto/Spa, USA, dpa, AFP